

Die Einschätzung der US-Geheimdienste zu Bedrohungen, mit denen sich die USA konfrontiert sehen, unterscheidet sich deutlich von Ansichten des US-Präsidenten Trump.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 015/19 – 04.02.19

Chefs der US-Geheimdienste widersprechen Trumps Ansichten über Nordkorea und den Iran

Von David E. Sanger und Julian E. Barnes
The New York Times, 29. 01.19

(<https://www.nytimes.com/2019/01/29/us/politics/kim-jong-trump.html>) 9

WASHINGTON – In einer neuen Einschätzung der US-Geheimdienste zu globalen Bedrohungen wird festgestellt, dass Nordkorea seine Atomwaffen kaum aufgeben wird und der Iran derzeit keinerlei Schritte zum Bau einer Atombombe unternimmt; damit stehen die US-Geheimdienste im Widerspruch zu zwei außenpolitischen Initiativen des US-Präsidenten Trump.

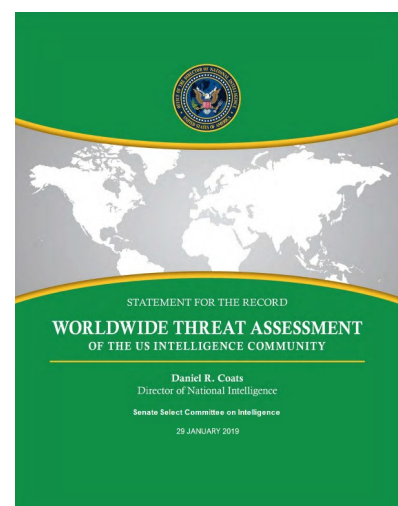


FBI-Chef Christopher Wray, CIA-Chefin Gina Haspel und Dan Coats, Director of National Intelligence
(Foto: Sarah Silbiger/The New York Times)

Diese Aussagen sind in der **Worldwide Threat Assessment** (der Einschätzung der weltweiten Bedrohungen, s. <https://www.dni.gov/files/ODNI/documents/2019-ATA-SFR---SS-CI.pdf>) enthalten, die am Dienstag veröffentlicht wurde. Darin wird u. a. auf die von Russland und China ausgehende wachsende Cyber-Bedrohung für die USA verwiesen; beide Mächte stünden sich jetzt "näher als jemals seit Mitte der 1950er Jahre".

In der 42-seitigen Einschätzung ist auch zu lesen, dass die Handelspolitik und der "Unilateralismus", die Trumps "America First"-Linie kennzeichnen, traditionelle Bündnisse geschwächt und ausländische Partner veranlasst haben, sich um neue Bündnisse zu bemühen.

In der **Anhörung vor dem Geheimdienstausschuss des Senates**, die nach der Veröffentlichung solcher Einschätzungen üblich ist, versuchten die Chefs der US-Geheimdienste direkte Kritik an der Trump-Regierung zu vermeiden; ihre sehr differenzierten Angaben zu Bedrohungen, die von Cyberangriffen, dem noch nicht geschlagenen Islamischen Staat, Nordkorea und dem Iran für die USA ausgehen, unterschieden sich jedoch deutlich von Ansichten der Regierung.



Dan Coats, der Direktor aller US-Geheimdienste (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Dan_Coats), wies die Senatoren darauf hin, dass der Islamische Staat auch weiterhin "die Gewalt in Syrien schüre". Er wurde durch die in der schriftlichen Einschätzung enthaltene Aussage bestätigt, dass "der Islamische Staat im Irak, in Syrien und einem Dutzend weiterer islamischer Staaten rund um die Welt immer noch über Tausende von Kämpfern verfügt".

Erst letzten Monat hat Präsident Trump behauptet, die USA hätten den ISIS besiegt: "Wir haben sie geschlagen, und ihnen eine vernichtende Niederlage zugefügt," tönte er, als er ankündigte, die US-Truppen aus Syrien abziehen zu wollen.

Auf den schärfsten Widerspruch der Geheimdienstchefs stieß Trumps Überschätzung seines Einflusses auf Nordkorea.

Nächsten Monat will sich Trump erneut mit Kim Jong-un, dem Großen Führer Nordkoreas, treffen; in einer zweiten Runde direkter Verhandlungen hofft er, Pjöngjang zum Verzicht auf seine Atomwaffen bewegen zu können. Schon nach dem ersten Treffen in Singapur hatte Trump getwittert: "Die atomare Bedrohung durch Nordkorea gibt es nicht mehr."

Geheimdienstdirektor Coats ist ganz anderer Meinung.

Er sprach von "Aktivitäten (Nordkoreas), die nicht mit einem Verzicht auf Atomwaffen vereinbar sind", und fügte hinzu, der größte Teil der Demontearbeiten Nordkoreas (an seinen Testgeländen) sei umkehrbar. Außerdem sehe der Führer Nordkoreas "Atomwaffen als unverzichtbar für den Erhalt seines Regimes an".

In der schriftlichen Einschätzung steht Ähnliches: "Wir gehen derzeit davon aus, dass Nordkorea seine Massenvernichtungswaffen behalten will, und deshalb wohl kaum völlig auf seine Atomwaffen und die Möglichkeit, weitere herzustellen, verzichten wird."

Präsident Trump hat schon häufig darauf hingewiesen, dass Nordkorea seine Rakentests gestoppt hat; der letzte größere Test fand vor 14 Monaten statt. Die **CIA-Chefin Gina Haspel** (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Gina_Haspel und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP06218_140518.pdf) hat am Dienstag auch daran erinnert, dass die Regierung in Pjöngjang "weiterhin die Entwicklung einer Langstreckenrakete" betreibe, die einen Atomsprengkopf tragen könne, und "eine direkte Bedrohung für die USA" darstelle.

Frau Haspel erklärte außerdem, es sei ermutigend, dass sich Nordkorea überhaupt auf Gespräche mit den USA eingelassen habe. Auf eine Nachfrage der demokratischen **Senatorin Kamala Harris** (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Kamala_Harris) aus Kalifornien, die vor Kurzem ihre Kandidatur für das Präsidentenamt angekündigt hat, fügte sie hinzu, die diplomatischen Bemühungen müssten aber darauf abzielen, dass Nordkorea sein Atomprogramm völlig offenlege und aufgebe.

Auf den Iran eingehend, wies Coats auf die andauernde Unterstützung Teherans für Terroristen in Europa und im Mittleren Osten hin, zu denen auch die Houthis im Jemen und die schiitischen Kämpfer im Irak gehörten. Er glaube außerdem, dass die iranischen Hardliner auch in Zukunft mit der internen Opposition um die Macht kämpfen würden.

Einen der Schlüsselvorwürfe Trumps – der Iran verstoße gegen den Geist des Atomabkommens, auch wenn er behauptete, sich daran halten – wies Coats zurück; Teheran halte das Atomabkommen immer noch ein, auch nachdem der US-Präsident im Mai den Ausstieg der USA aus diesem Abkommen verkündet habe.

"Wir glauben nicht, dass der Iran derzeit Aktivitäten plant, die nach unserer Ansicht für die Entwicklung von Atomwaffen notwendig wären," stellte Coats fest.

Er fügte jedoch hinzu, dass iranische Offizielle öffentlich damit gedroht hätten, "sich nicht mehr an das Atomabkommen halten zu wollen", wenn die gegebenen Zusagen – die Beendigung der Behinderung des Ölexports und der US-Sanktionen gegen Geldgeschäfte des Irans – nicht eingehalten würden.

Trump hat das Atomabkommen als "fehlerhaft in seinem Kern" bezeichnet und davor gewarnt, dass sich der Iran "die gefährlichsten Waffen der Welt verschaffen" werde, wenn das Abkommen in Kraft bliebe. Noch gilt das Abkommen, weil sich die europäischen Staaten daran gebunden fühlen.

Der unabhängige **Senator Angus King** (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Angus_King) aus Maine, der mit den Demokraten stimmt, wollte von CIA-Chefin Haspel eine eindeutige Antwort auf seine Frage, ob sich der Iran tatsächlich an das Atomabkommen halte?

Sie bestätigte das, fügte aber hinzu, dass die iranische Führung "eine Abkehr von dem Abkommen" erwäge.

"Sie bereiten sich darauf vor, das Abkommen aufzukündigen," ergänzte Frau Haspel. "Im Moment halten sie sich noch an die technischen Vereinbarungen (die Urananreicherung zu reduzieren), debattieren aber bereits darüber, ob sie nicht abspringen, wenn sich die erhofften wirtschaftlichen Vorteile nicht einstellen."

Die Vertreter der Geheimdienste sind hinsichtlich der Bereitschaft Nordkoreas zu atomarer Abrüstung, der Stärke des Islamischen Staates und der Versuche Russlands, die US-Wahlen zu beeinflussen schon lange ganz anderer Meinung als Trump, der Ansichten, die seiner Weltsicht widersprechen, nicht akzeptiert.

Für **April F. Doss** (s. <https://www.businessinsider.de/april-doss-will-join-senate-intelligence-committee-russia-investigation-2017-4?r=US&IR=T>), eine ehemalige beigeordnete Justitiarin der National Security Agency (abgekürzt NSA, s. https://de.wikipedia.org/wiki/National_Security_Agency) ist es nicht überraschend, dass Einschätzungen der Geheimdienste nicht mit Positionen der Regierung übereinstimmen, weil die Geheimdienste nach der neuesten National Intelligence Strategy (s. https://www.dni.gov/files/ODNI/documents/National_Intelligence_Strategy_2019.pdf) im Umgang mit der Regierung "zur Wahrheit verpflichtet" seien. (Waren sie das bisher nicht?)

Die Chefs der Geheimdienste wüssten, dass "die Analysen der Geheimdienste an objektive Tatsachen und nicht an das Wunschdenken von Parteien gebunden" seien, ergänzte Frau Doss, die jetzt wieder für die Anwaltskanzlei Saul Ewing Arnstein & Lehr arbeitet.

Trump streitet sich mit den Geheimdiensten vor allem darüber, ob Russland mit Hacking-Operationen und Einflusskampagnen auf die Präsidentenwahl im Jahr 2016 eingewirkt hat. Am Dienstag hat **General Paul Nakasone** (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Nakasone), der neue Chef des Cyber Command (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Cyber_Command), vor dem Verteidigungsausschuss des Senates ausgesagt, russische Einmischungsversuche in die jüngsten Zwischenwahlen seien erfolgreich abgewiesen worden; er ging aber nicht auf Details ein. Trump hat sich bisher noch nicht zu diesem Problem geäußert.

Ein Großteil der Anhörung vor dem Senat konzentrierte sich auf mögliche Cyber-Angriffe Russlands und vor allem Chinas, die in der schriftlichen Einschätzung als be-

sonders bedrohlich für die Infrastruktur der USA angesehen werden. Darin wird ausdrücklich auf die Fähigkeit Chinas hingewiesen, den Gastransport in Pipelines zu beeinflussen.

Die Senatoren interessierten sich besonders für die Bedrohungen, die von neuen Technologien ausgehen, die in China, Russland und anderen Staaten entwickelt wurden.

"Wir leben jetzt in einem ganz neuen Zeitalter, das gekennzeichnet ist durch hybride Kriege, gezielte Desinformationen und eine Welt, die mehr Daten produziert als jemals zuvor," stellte der republikanische **Senator Richard M. Burr** (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Burr) aus North Carolina fest, der Vorsitzender des Geheimdienstausschusses des Senates ist.

Feinde im Ausland wollten "die USA schwächen oder sogar zerstören", fügte er hinzu. "Sie wollen, dass wir unsere Freunde und Verbündeten im Stich lassen und unsere globale (Militär-)Präsenz verringern. Sie wollen, dass wir uns streiten und aufsplittern und benutzen dazu ganz neue Werkzeuge."

Der republikanische **Senator Tom Cotton** (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Tom_Cotton) aus Arkansas, schloss sich Senator Angus Kings Warnung vor Huawei, dem chinesischen Telekommunikationsgiganten, an, gegen den das Justizministerium am Montag Anklage erhoben hat (s. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/china-usa-anklage-huawei-1.4307527>).

King sagte, der Konzern müsse sich entscheiden, ob er "weltweit Geschäfte machen oder im Auftrag der chinesischen Regierung handeln" wolle.

Lt. Gen. (Generaleutnant) **Robert P. Ashley Jr.** (s. <http://www.dia.mil/News/Articles/Article-View/Article/1333599/lieutenant-general-robert-p-ashley-jr-usa/>), der Chef der Defense Intelligence Agency (abgekürzt DIA, s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Defense_Intelligence_Agency), erwiderte, die chinesische Firma könne wählen, ob sie (mit den US-Geheimdiensten) kooperieren oder ihre Daten lieber an Peking weitergeben wolle.

"Die von der (chinesischen) Regierung ausgeübte Kontrolle und die von ihr verhängten strikten Regeln kennzeichnen einen wirklich autoritären Kapitalismus," ergänzte General Ashley. "Das ist sehr problematisch."

In der schriftlichen Einschätzung wird außerdem festgestellt, die Fähigkeit Russlands, Cyber-Spionage und Einflusskampagnen zu betreiben, seien schon bei der US-Präsidentenwahl im Jahr 2016 deutlich geworden. Es sei aber noch viel bedrohlicher, dass Moskau auch Cyber-Angriffe starten könne, die es ihm in Krisen ermöglichen, in die zivile und militärische Infrastruktur der USA einzugreifen und sogar große Schäden anzurichten.

In der schriftlichen Einschätzung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Russland mit eingeschleuster Malware (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Schadprogramm>) die Stromversorgung der USA schon jetzt "mindestens für einige Stunden" unterbrechen könne. Die Russen seien aber dabei, "wichtige Infrastruktureinrichtungen kartografisch zu erfassen, um sie dauerhaft lahmlegen zu können".

Insgesamt werden in der Einschätzung deutlich mehr Bedrohungen aufgezeigt, als Trump bisher erkannt hat.

In der schriftlichen Einschätzung gibt es keinerlei Hinweise, die den Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko rechtfertigen würden; Mexiko wird nur einmal in der Mitte des Berichts erwähnt – im Zusammenhang mit Rauschgiftkartellen und neben anderen, viel drängenderen Problemen.

Trump ist hingegen der Meinung, die Mauer sei notwendig, um eine der größten Bedrohungen für die Sicherheit der USA abzuwenden.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Dass die US-Geheimdienste wiederholt die "Vertragstreue des Irans" betonen, könnte daran liegen, dass sie vor allem den Unmut der Europäer über Trumps Verhalten gegenüber dem Iran besänftigen wollen.

Unter <https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-01-30/trump-repeats-syria-north-korea-claims-after-rebuttal-by-aides> ist nachzulesen, wie Trump auf die in wesentlichen Punkten von seiner Meinung abweichende Einschätzung der US-Geheimdienste reagiert hat. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

On North Korea and Iran, Intelligence Chiefs Contradict Trump

By David E. Sanger and Julian E. Barnes

Jan. 29, 2019

WASHINGTON — A new American intelligence assessment of global threats has concluded that North Korea is unlikely to give up its nuclear stockpiles and that Iran is not, for now, taking steps necessary to make a bomb, directly contradicting the rationale of two of President Trump's foreign policy initiatives.

Those conclusions are part of an annual "Worldwide Threat Assessment" released on Tuesday that also stressed the growing cyberthreat from Russia and China, which it said were now "more aligned than at any point since the mid-1950s."

The 42-page threat report found that American trade policies and "unilateralism" — central themes of Mr. Trump's "America First" approach — have strained traditional alliances and prompted foreign partners to seek new relationships.

In testimony before the Senate Intelligence Committee linked to the release of the report, the nation's intelligence chiefs tried to avoid directly questioning administration policies. Yet they detailed a different ranking of the threats facing the United States, starting with cyberattacks and moving on to the endurance of the Islamic State and the capabilities of both North Korea and Iran.

Dan Coats, the national intelligence director, told lawmakers that the Islamic State would continue "to stoke violence" in Syria. He was backed up by the written review, which said there were thousands of fighters in Iraq and Syria and a dozen Islamic State networks around the world.

Just last month, Mr. Trump said that "we have won against ISIS; we've beaten them, and we've beaten them badly" in announcing the withdrawal of American troops from Syria.

The starkest contradiction drawn by the intelligence chiefs was their assessment of North Korea.

Mr. Trump is expected to meet next month with Kim Jong-un, the North Korean leader, in a second round of direct negotiations aimed at ridding Pyongyang of its nuclear weapons. After his last meeting, in Singapore, Mr. Trump tweeted that “there is no longer a Nuclear Threat from North Korea.”

Mr. Coats described his concerns in opposite terms.

He cited “some activity that is inconsistent with full denuclearization,” adding that most of what North Korea has dismantled is reversible. He said the North’s “leaders ultimately view nuclear weapons as critical to regime survival.”

Similarly, the threat review declared that “we currently assess North Korea will seek to retain its W.M.D. capability and is unlikely to completely give up its nuclear weapons and production capability.”

Mr. Trump has often noted, accurately, that North Korea has suspended missile tests; its last major test was 14 months ago. But on Tuesday, Gina Haspel, the C.I.A. director, said the government in Pyongyang “is committed to developing a long-range nuclear-armed missile that would pose a direct threat to the United States.”

Ms. Haspel said it was encouraging that North Korea was communicating with the United States. But under questioning by Senator Kamala Harris, the California Democrat who this month announced her candidacy for president, Ms. Haspel said the diplomatic objective was still to insist that North Korea fully disclose and dismantle its nuclear program.

On Iran, Mr. Coats cited Tehran’s continued support of terrorism in Europe and the Middle East, including sponsoring Houthis in Yemen and Shiite militants in Iraq. He also said that he believed that Iranian hard-liners would continue to challenge centrist rivals.

But on one of Mr. Trump’s key assertions — that Iran had cheated on the spirit of the 2015 nuclear agreement even if it was temporarily following its terms — Mr. Coats said Tehran continued to comply with the deal even after the president announced in May that the United States would withdraw from it.

“We do not believe Iran is currently undertaking activities we judge necessary to produce a nuclear device,” Mr. Coats said.

He added, however, that Iranian officials have “publicly threatened to push the boundaries” of the nuclear agreement if it did not see benefits that were promised, including a resumption of oil sales and an end to American sanctions against its financial transactions around the world.

Mr. Trump has called the nuclear agreement “defective at its core” and warned that Iran would “be on the cusp of acquiring the world’s most dangerous weapons” if it remained in place. The agreement still stands, largely with support from European capitals.

Senator Angus King, the Maine independent who caucuses with Democrats, asked Ms. Haspel point-blank if Iran remained in compliance with the nuclear deal.

She said it was, but added that Iranian leaders were considering steps that would “lessen their adherence” to the agreement.

“They are making some preparations that would increase their ability to take a step back if they make that decision,” Ms. Haspel said. “So at the moment, technically they are in compliance, but we do see them debating amongst themselves as they’ve failed to realize the economic benefits they hoped for from the deal.”

Intelligence officials have long taken stronger positions than Mr. Trump on North Korea’s continuing nuclear activity, the strength of the Islamic State and Russia’s attempts to influence elections. Mr. Trump has often chafed at assessments he finds at variance with his worldview.

April F. Doss, a former associate general counsel at the National Security Agency, said it is not surprising for the intelligence community to stake out facts at odds with the administration view, given that the most recent National Intelligence Strategy noted the spy agencies’ responsibility to “speak truth to power.”

The intelligence chiefs emphasized “the commitment to analyzing intelligence in a manner tied to objective facts, not domestic partisan agendas,” said Ms. Doss, now a partner at the law firm Saul Ewing Arnstein & Lehr.

Mr. Trump famously clashed with the spy agencies over their conclusions that Russia was behind the hacking and influence operations that marred the 2016 presidential election. On Tuesday, the new director of the Cyber Command, Gen. Paul Nakasone, told the Senate committee that the American efforts to blunt Russian interference in the recent midterm elections had been successful, though he gave no details — an effort Mr. Trump has never discussed.

Much of the hearing focused on cyberthreats from Russia and particularly from China, which the written report said is now positioned to conduct effective cyberattacks against American infrastructure. It specifically cited Beijing’s ability to cut off natural gas pipelines.

Lawmakers discussed the challenges that new technologies being developed by China, Russia and others were posing.

“We’re now living in yet another new age, a time characterized by hybrid warfare, weaponized disinformation, all occurring within the context of a world producing more data than mankind has ever seen,” said Senator Richard M. Burr, Republican of North Carolina and the committee’s chairman.

Foreign enemies “want to see the United States weakened, if not destroyed,” he said. “They want to see us abandon our friends and our allies. They want to see us lessen our global presence. They want to see us squabble and divide. But their tools are different.”

Senator Tom Cotton, Republican of Arkansas, joined Mr. King to highlight dangers posed by Huawei, the Chinese telecommunication giant, which was named in Justice Department indictments on Monday.

Mr. King said the company needed to choose between being “a worldwide telecommunications company or an agent of the Chinese government.”

Responding, Lt. Gen. Robert P. Ashley Jr., the director of the Defense Intelligence Agency, said no Chinese company could truly choose whether to cooperate or hand over data, given Beijing’s grip.

“It is really authoritarian capitalism in the way the government provides oversight and puts very strict rules in place,” General Ashley said. “It is very problematic.”

The written threat review also found that Russia’s ability to conduct cyberespionage and influence campaigns remains similar to its efforts in the 2016 American presidential election. But, it said, the bigger concern is that “Moscow is now staging cyberattack assets to allow it to disrupt or damage U.S. civilian and military infrastructure during a crisis.”

It specifically noted Russia’s planting of malware in the United States electricity grid. Russia already has the ability to bring the grid down “for at least a few hours,” the review concluded, but is “mapping our critical infrastructure with the long-term goal of being able to cause substantial damage.”

Taken together, the report paints a picture of threats vastly different from those asserted by Mr. Trump.

Notably missing in the written review was evidence that would support building a wall on the southwestern border; the first mention of Mexico and drug cartels was published nearly halfway through the report — following a range of more pressing threats.

Mr. Trump has said the wall is among the most critical security threats facing the United States.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern